Vorbemerkungen:

In der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 14.11.2017 wurde die Verwaltung beauftragt, die freien Träger, die jährlich einen Zuschuss erhalten, näher vorzustellen und zu prüfen, ob die weitere Förderung angemessen ist.

Erläuterungen:

Adoptionsvermittlungsstelle

Der Sozialdienst katholischer Frauen für den Rhein-Sieg-Kreis e.V. ist Träger einer staatlich anerkannten Adoptionsvermittlungsstelle. Im Kreisgebiet ist er der einzige Träger, der eine konfessionsgebundene Beratung in diesem Bereich anbietet. Auf diese Weise wird dem Wunsch- und Wahlrecht der Bürgerinnen und Bürger Rechnung getragen. Gerade in dem äußerst sensiblen Bereich der Beratung leiblicher Eltern in schwierigen Konfliktsituationen und der Begleitung von Adoptionsbewerbern bei lebensplanerischen Entscheidungen ist es von hoher Bedeutung, dass diese Beratungsalternative zur Verfügung steht.

Der Träger wird jährlich eine Kreisförderung in Höhe von 1.900,00 €.

-

Die Fördersumme wird jährlich im Jugendhilfeausschuss (vorbehaltlich der Haushaltsplanungen) beschlossen und als pauschaler Zuschuss gewährt. Die Vorlage eines Verwendungsnachweises wird nicht verlangt, der Sozialdienst katholischer Frauen legt einen Jahresbericht vor, indem auch über die Arbeit der Adoptionsvermittlungsstelle berichtet wird. Aufgrund der vergleichsweise geringen jährlichen Fördersumme und dem Auftrag auch einen freien Träger für dieses Angebot vorzuhalten, ist der Zuschuss aus Sicht der Verwaltung notwendig und angemessen.

Beratungsstelle gegen sexualisierte Gewalt

Der Verein Frauen gegen sexualisierte Gewalt e.V. betreibt eine Beratungsstelle, in der Frauen, Jugendliche und Kinder, die Opfer sexualisierter Gewalt wurden, Unterstützung und Hilfe erhalten. Auch Personen aus dem sozialen Umfeld der Opfer und Fachkräfte können sich beraten lassen.

Die Beratungsstelle gegen sexualisierte Gewalt ist die einzige spezialisierte Fachberatungsstelle zu den Themen Vergewaltigung, Sexueller Missbrauch und anderen sexualisierten Übergriffen in Bonn und für den Rhein-Sieg-Kreis.

Das Angebot ist ganzheitlich angelegt und umfasst neben der Einzelfallhilfe auch die Bereiche Prävention, Öffentlichkeitsarbeit, Opferschutz sowie Netzwerkkoordination. Zielgruppe sind primär betroffene Frauen, Kinder und Jugendliche, aber auch Personen aus dem sozialen Umfeld und Fachkräfte.

Der Verein wird seit 1991 gefördert. Die Finanzierung erfolgt aus der allgemeinen Kreisumlage.

Dieser Verein erhält eine jährliche Kreisförderung von bis zu 20.000,00 € (Personalkostenzuschuss).

Die Stadt Bonn bezuschusst diesen Verein jährlich mit 53.091,01 € (Personalkostenzuschuss).

Der restliche Bedarf wird aus Eigenmitteln (Honorare und Spenden) gedeckt.

Der Verein legt jedes Jahr einen Verwendungsnachweis vor und stellt einen Tätigkeitsbericht zur Verfügung.

Aufgrund der Tatsache, dass im Zuständigkeitsbereich des Kreisjugendamtes nur dieser Verein als einziger auch betroffene Kinder berät, wird der jährliche Zuschuss von der Verwaltung als notwendig und angemessen angesehen.

Projekt Aufwind – Hand in Hand mit jungen Familien

Das Projekt Aufwind wird sowohl im Zuständigkeitsbereich des Jugendhilfezentrums 2 (Much, Neunkirchen-Seelscheid und Ruppichterath) als auch im Zuständigkeitsbereich des Jugendhilfezentrums 4 (Eitorf und Windeck) angeboten. Im Bereich des JHZ 2 werden die Kosten für dieses Projekt aus den Mitteln, die die Bundesstiftung Frühe Hilfen zur Verfügung stellt, bezahlt. Daher entscheidet der Jugendhilfeausschuss nicht über dieses Projekt.

Im Bereich des JHZ 4 werden die Kosten aus dem „Hilfspaket obere Sieg“ refinanziert, welches durch den Jugendhilfeausschuss beschlossen wurde.

Aufwind fügt dem jährlichen Antrag immer eine Kalkulation der Kosten bei. Die Koordination der Ehrenamtlichen erfolgt durch eine Fachkraft, die dafür 9,75 Wochenstunden zur Verfügung hat. Es fallen außerdem Fahrtkosten, Versicherungskosten sowie Sachkosten (Schulung, Austausch, Material, Referentenhonorar einschl. Raumnutzung) für die ehrenamtlichen Mitarbeiter an.

Die vorgelegte Kostenkalkulation wird von der Verwaltung als plausibel angesehen.

Zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 13.03.2018.

In Vertretung